



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 124-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.218

Eingereicht am: 14.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Ritter (Burgdorf, glp) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Deutschsprachige Minderheit im Berner Jura

Im Berner Jura besteht seit Alters eine deutschsprachige Minderheit, deren Anliegen aus jurapolitischen Gründen kaum beachtet wurden. Mit dem endgültigen Abschluss der territorialen Fragen zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Jura muss diese Minderheit gleichbehandelt werden wie andere sprachliche Minderheiten in der Schweiz. Die deutschsprachige Minderheit des Berner Juras erfüllt aus Sicht des Interpellanten den Status einer sprachlichen Minderheit im Sinne der bernischen Verfassung, weshalb sie in den Genuss des für sprachliche Minderheiten üblichen Schutzes kommen soll.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat die im Berner Jura bei der deutschsprachigen Minderheit weitverbreitete Zweisprachigkeit auf hohem Niveau für die Rolle als Brückenkanton zwischen der deutschen und der französischen Schweiz zu nutzen?
2. Trifft es zu, dass mit der Schliessung der Gesamtschule Schelten im Berner Jura keine deutschsprachige Volksschule mehr besteht? Ist dieser Zustand mit Blick auf den Minderheitenschutz gerade für sprachliche Minderheiten tragbar? Wenn nicht, wie beabsichtigt der Regierungsrat dies zu ändern?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Auffassung des Interpellanten, dass die deutschsprachige Minderheit im Berner Jura eine «sprachliche Minderheit» im Sinne von Artikel 4 der Kantonsverfassung ist? Falls der Regierungsrat diese Auffassung teilt: Was folgt politisch daraus?

Verteiler

- Grosser Rat